

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch

Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde

Band: 97 (1977)

Rubrik: Zürcher Chronik : vom 1. April 1975 bis 31. März 1976

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Chronik

vom 1. April 1975 bis 31. März 1976

(Redaktion)

April 1975

3. Um die Bevölkerung schon in einer frühen Phase der Ortsplanung zur Mitsprache zu ermutigen, hat der Gemeinderat Dürnten auf heute abend zu einer Orientierungsversammlung eingeladen. Die zahlreich erschienenen Bürger nutzten die Gelegenheit, um ihre Vorstellungen darzulegen. Eine gewisse Angst vor allzu grosser baulicher Expansion und dem Verlust des ländlichen Dorfbildes ist unverkennbar.
4. Nach jahrelangen Bemühungen unterzeichnen in Zürich die Vertreter von 10 Ostschweizer Kantonen, darunter Zürich, und des Fürstentums Liechtensteins einen Vertrag mit der Vereinigung der Autosammelstellenhalter der Ostschweiz (VAO). Die VAO verpflichtet sich, künftig alle schrottreifen Autos auf den von ihr betriebenen Sammelstellen in der ganzen Ostschweiz gratis entgegenzunehmen und für deren umweltgerechte Verwertung zu sorgen. Damit ist ein nicht geringer Schritt zum Umwelt- und Landschaftsschutz sowie zur Wiederverwertung von Rohstoffen getan.
7. Der Kantonsrat verabschiedet mit 125 gegen 0 Stimmen das Gesetz über die Schulversuche und genehmigt ebenfalls ohne Gegenstimme die dazugehörige Ergänzung der Staatsverfassung. Das neue Gesetz ist in erster Linie ein Kompetenz- und Ermächtigungsgesetz und gestattet der Regierung, verschiedene Experimente durchzuführen, die für die Modernisierung und Verbesserung des gegenwärtigen Schulwesens nützlich sein können. So besteht die Möglichkeit, Versuchsschulen einzuführen. Verfassungs- und Schulversuchsgesetz unterliegen noch der Volksabstimmung. — In Effretikon findet der erste von sechs Abenden des sogenannten «Wahlzirkuses» statt. Hier stellen sich die acht Regierungsratskandidaten der «Regierungsparteien» in verschiedenen Regionalzentren der Öffentlichkeit. Schon der erste Abend war «spannend», nämlich durch das unprogrammgemässen Auftreten der Vertreter der Linksextremen.
10. Wie an einer Pressekonferenz bekannt gegeben wird, ist es der Kantons- und Stadtpolizei gelungen, in Zürich eine sechsköpfige Gruppe zu verhaften, die automatische Waffen, Minen und Handgranaten aus den Beständen der Armee an Terror- und Anarchistengruppen in Deutschland, Italien und Spanien geliefert hat. Durch Einbrüche in Munitionsdepot verschafften sich die Leute das notwendige Material. — Das Projekt einer «AZ»-Wochenzeitung ist geplatzt. Der sozialdemokratischen-gewerkschaftlichen Presse-

gemeinschaft ist es nicht gelungen, die Mindestzahl von 5000 Abonnenten zu gewinnen. Ausser der regionalen Winterthurer Arbeiterzeitung verfügen die Zürcher Sozialdemokraten über kein Sprachrohr mehr.

14. Der Kantonsrat beendigt die 32. Legislaturperiode mit der Verabschiedung eines der bedeutensten Gesetzeswerke zuhanden der Volksabstimmung, nämlich des neuen Planungs- und Baugesetzes. «Dieses Gesetz wird unserem Kanton langfristig bedeutende Änderungen in der Siedlungsstruktur bringen, und es wird eine günstige Voraussetzung schaffen für die wohnliche Gestaltung verschiedener Gebiete», sagt Vizepräsident Eggli.
15. Wie der Direktor des Innern, Regierungsrat Bachmann, an einer Pressekonferenz ausführt, soll der Sonderfonds für den interkommunalen Finanzausgleich zu «einem tragfähigen Solidaritätswerk unter den Gemeinden» ausgebaut werden. Eine entsprechende Revision des «Gesetzes über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich» ist in die Wege geleitet. Neben Aeugst, Erlenbach, Herrliberg, Kilchberg, Küsnacht, Rüschlikon, Uitikon, Zollikon und Zumikon sollen neu zur Kasse gebeten werden: Dietlikon, Geroldswil, Kloten, Oberengstringen, Regensdorf, Unterengstringen und Wallisellen.
16. Der Zürcher Stadtrat beschäftigt sich in einer Nachtsitzung in erster Linie mit drei Interpellationen, die unter dem Stichwort Rezession, veränderte Wirtschaftslage, eingereiht werden können. Stadtpräsident Widmer weist auf die beschränkten Möglichkeiten auch der grössten Schweizerstadt in Sachen Konjunkturpolitik hin. Immerhin will die Stadt Impulse im Bausektor geben, sodann soll die Stellenstabilisierung in der städtischen Verwaltung schrittweise abgebaut werden.
- 18./20. Über dieses Wochenende wurde die neue gewerbliche Berufsschule der Stadt Winterthur mit einfacher Feier, Besichtigungen, Demonstrationen in Schulzimmern und Werkstätten sowie einem Schülerfest eingeweiht. Angeboten werden 2500 Ausbildungsplätze für 40 Berufe.
21. Bei bedecktem Himmel und kaltem Wetter, doch erfreulicher Publikumskulisse, ziehen die 24 Zünfte und die Konstafel in üblicher Aufmachung durch die Strassen. Neben anderen Prominenten war auch Bundesrat Chevallaz im Zug zu erkennen.
Zu ihrem 50jährigen Bestehen hat sich die Zunft Oberstrass neue — rote — Uniformen zugelegt. 75jährig wurde an diesem Sechseläuten die Zunft Wollishofen. Neben Pflege des gut zürcherischen Bürgersinns wird hier seit jeher die Erinnerung an das alte Bauerndorf Wollishofen hochgehalten. Als neue Zunft, nur einige Tage zuvor gegründet, marschiert die Zunft Schwamendingen im Zug mit.
- 26./27. Wahlen im Kanton Zürich: Nur 42% der Wähler bestellen den Kantons- und Regierungsrat. Grosse Veränderungen sind nicht eingetreten. Einzig Landesring und Nationale Aktion müssen grössere Einbussen hinnehmen. Neu im Kantonsrat vertreten ist die POCH mit zwei Vertretern (Progressive Organisation).

Im Regierungsrat werden alle Bisherigen, die sich wieder zur Wahl gestellt haben, bestätigt. Eine von bildungsgewerkschaftlichen Kreisen getragene Aktion «Antigilb» gegen Erziehungsdirektor Gilgen blieb im wesentlichen erfolglos. Um den Sitz des zurücktretenden Gesundheitsdirektors Bürgi entbrannte eine Kampfwahl zwischen dem Christlichsozialen Wiederkehr und dem Sozialdemokraten Spillmann, der deutlich unterlag. Damit ist es den Sozialdemokraten ein weiteres Mal nicht gelungen, die frühere Zweiervertretung in der Regierung wieder zu erlangen.

29. An der 142. Stiftungsfeier der Universität (Dies academicus) spricht Rektor Robert Leuenberger zum Thema: «Was heisst: Ein Recht auf gutes Sterben?» Der Ordinarius für praktische Theologier weist auf die Solidarität hin, deren der Todkranke von seiner unmittelbaren Umgebung bedürfe. Die inhumane Behandlung eines Sterbenden beginne nicht damit, dass etwa sein Leben künstlich verlängert werde, noch erhalte er den Todesstoss dadurch, dass man mit der Zufuhr wichtiger Stoffe aufhöre. Sie beginne dort, wo dem Kranken die innere Gemeinschaft entzogen wird.

Mai 1975

1. In Uster und Dietikon kritisiert der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Ezio Canonica, die offizielle Arbeitslosenstatistik. Man könne in der Schweiz von nahezu 100 000 Arbeitslosen sprechen, wenn man die versteckte und die exportierte Arbeitslosigkeit einbeziehe sowie die Teilarbeitslosen in Vollarbeitslose umrechne.
Die Kundgebung auf dem Helvetiaplatz stand unter der Parole der Sicherung der Arbeitsplätze.
2. Die Zürcher Regierung lehnt die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes ab und verzichtet auf die Beantwortung des von der Expertenkommission aufgestellten Fragenkatalogs. Im Vernehmlassungsverfahren auf Bundesebene betont der Regierungsrat, es müsse an der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten werden.
6. Stände- und Kantonsrat Fritz Honegger spricht im Zürcher Stadthaus vor den Delegierten der Regionalplanung Zürich und Umgebung über «Das Planungs- und Baugesetz — Chance für die Gemeinde». Das vom Kantonsrat verabschiedete neue Planungs- und Baugesetz bilde die Grundlage einer «dynamischen, umfassenden und demokratischen Raumplanung».
9. Bei einer Schiesserei in Köln werden ein Polizist und der Zürcher Anarchist Werner Sauber getötet. Sauber gehörte der «Bewegung 2. Juni» an, die Ende Februar den Berliner Politiker Lorenz entführt hatte. Zürcher und Schweizer Linksextreme hatten auch durch Einbrüche in der Schweiz erbeutete Waffen und Munition zu deutschen Anarchisten (Baader-Meinhof-Bande) verschoben.
10. Vor hundert Jahren wurde die Uetlibergbahn als steilste Adhäsionsbahn Europas eröffnet.

12. Heute wird im ETH-Hauptgebäude eine Ausstellung der «Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen» mit dem Thema «Umdenken — Umschwenken» eröffnet. In sechs Bereichen (Landwirtschaft und Ernährung, Hausbau und Städtebau, Energie, Kehricht und Recycling, Soziales, Kommunikation—Selbsterfahrung—Wasser—Transport) werden umweltverträglichere und menschlichere Formen der Produktion vorgestellt. Zur Eröffnung spricht der Exzentriker Ivan Illich. Eine seiner Hauptidee lautet, dass die zivilisatorischen Werkzeuge, ursprünglich für den Menschen hergestellt, an einem gewissen Punkt der Kontrolle entgleiten und den Menschen abhängig machen.
14. Der Regierungsrat beschliesst, die Spitaltaxen um 35% zu erhöhen. Seit 1966 sind die Taxen nur um die Hälfte des Betrags erhöht worden, der nach der tatsächlich eingetretenen Kostensteigerung gerechtfertigt gewesen wäre. Seit drei Jahren sind die Taxen überdies unverändert geblieben, obwohl in dieser kurzen Frist die Gesamtaufwendungen um 44% gestiegen sind. Gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist auch der Staat Zürich machtlos.
16. Wie dem Jahresbericht der «Regionalplanung Zürich und Umgebung» (RZU) zu entnehmen ist, bieten die noch nicht überbauten Bauzonen der 69 Gemeinden und der Stadt Zürich, die zusammen mit dem Kanton in der RZU vereinigt sind, Platz für zusätzliche 450 000 Einwohner und eine entsprechende Zahl von Arbeitsplätzen. Eine solche Bevölkerungszunahme ist aber in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht zu erwarten, weshalb an verschiedenen Orten die Planung neu zu überdenken ist.
20. Die von den Verbänden des Zürcher Gastgewerbes und vom städtischen Arbeitsamt organisierten Umschulungskurse für Arbeitslose für den Service- und Buffetdienst finden ein überraschend grosses Echo. 30 Damen und Herren haben bereits einen Servicekurs absolviert, 32 nehmen am noch laufenden Buffet-Lehrgang teil. Die Kandidaten stammen aus allen Berufen, vom Architekten über den Drucker bis zum Zahntechniker.
23. An der Mitgliederversammlung der «Zürich Transport» (Gesellschaft zur Förderung der baulichen und verkehrstechnischen Entwicklung der Region Zürich) fordert Präsident Robert Lang einen «pragmatischen Weg» zur notwendigen wirtschaftlichen Weiterentwicklung und gleichzeitiger Vermeidung der «unerwünschten antihumanen Begleiterscheinungen». Wenn man sehe, dass im vergangenen Jahr die Bevölkerung des Kantons um 0,3%, der Personenwagenbestand jedoch um 3% zugenommen habe, könne man nicht an einen gewollten Marschhalt glauben. Deshalb halte die Zürich Transport unbeirrt am Express-Strassen- und S-Bahn-Konzept fest. Unter diesem Gesichtspunkt erachtet es Lang auch als trügerisch zu glauben, es brauche keine Atomkraftwerke.
26. Heute wurde die Legislaturperiode 1975/79 im Kantonsrat eröffnet. Der Alterspräsident Ulrich Binder stellt fest, dass nur etwa ein Drittel des Rates über mehr als 4 Jahre Parlamentspraxis verfügt, und lediglich 9 Räte sitzen schon länger als 12 Jahre in der Legislative. Eine schon diskutierte gesetzlich

geregelte Amts dauerbeschränkung sei demnach bereits auf dem kalten Weg durchgeführt.

27. Im Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon spricht der saudiarabische Erdölminister Scheich Jamani anlässlich der internationalen Veranstaltung «Wirtschaftsbeziehungen mit dem Mittleren Osten» von Mässigung. Sofern die westlichen Verbraucherstaaten keinen Konfrontationskurs einschlagen, werden sich die scharfen Erdölpreisseigerungen der letzten Jahre nicht wiederholen.
28. Das Theater für den Kanton Zürich steht vor dem Konkurs. Eine außerordentliche Generalversammlung beschliesst, alles zu unternehmen, um dieses im wesentlichen von 69 Gemeinden getragene Wandertheater zu retten.
29. Seit einiger Zeit schon sind die neuen Wohnhäuser der Eisenbahner-Baugenossenschaft «Dreispitz Zürich HB» an der Neugasse im Industriequartier Zürich bewohnt. Die Kolonie liegt am Bahnviadukt nach Wipkingen und Letten und grenzt auch an die Geleiseanlagen. Doch konnte dank architektonischer und baulicher Mittel (z.B. Spezialverglasungen) der Lärm in den Wohnungen dermassen reduziert werden, dass ein behagliches Wohnen gewährleistet ist.
31. Das Kunstgewerbemuseum Zürich feiert sein 100jähriges Bestehen mit der Ausstellung «Das Gesicht der Strasse» und einer Gesamtschau über den wichtigsten Teil der kunstgewerblichen Sammlung, denjenigen über den Jugendstil, im Museum Bellerive.

Juni 1975

1. Über das Wochenende tagt in Zürich der internationale Rat der sozialdemokratischen Frauen, ganz im Zeichen des Uno-Jahres der Frau. Auch die Vorsitzende des deutschen Bundestages, Annemarie Renger, äussert sich dabei zum Thema. Es gehe darum, das Bewusstsein der Frau wachzurütteln, damit das heute noch nicht Erreichte morgen oder übermorgen verwirklicht werden könne.
5. Die Austritte aus der Kirche haben im Kanton im vergangenen Jahr stark zugenommen: 1597 Personen verliessen die evangelisch-reformierte und 1028 die katholische Kirche. In einem Referat innerhalb des interdisziplinären Zyklus «Kirche und Staat» an der Universität betont Kirchenrat Werner Kramer, dass jeder Austritt aus der Kirche schmerzlich und ein Indikator sei. Der Auftrag, den die Kirche an allen Menschen auszuführen habe, sei misslungen.
6. Die Hochschulkommission setzt den Kleinen Studentenrat der Universität ab. Dieser hatte am 30. April 1975 der «Union of students for liberation of South Vietnam» in Hanoi/Nortvietnam zum Ende des Krieges in Vietnam durch den Sieg Nortvietnams gratuliert und sich solidarisiert. Damit hat aber die

Exekutive der Studentenschaft an der Universität ihre Befugnisse überschritten; als Organ einer Zwangskörperschaft, wie sie die Studentenschaft darstellt, sollte sich der Kleine Studentenrat strikter auf die Wahrung studentischer Interessen beschränken.

7. Eine Studie «Autofreie Innenstadt» der Sektion Zürich des TCS sieht für Zürich keine Möglichkeit für eine völlige Sperrung der Innenstadt. Mittels «Zellen» sollen aber der Durchgangsverkehr und die Dauerparkierer aus der City verbannt werden. In einer Zelle kann nur an einer Stelle eingefahren werden, und sie kann auch nur wieder über die gleiche Stelle verlassen werden. Ein Cityring führt zu diesen Zellen und stellt die Verbindung zum Durchgangsverkehr her. Damit sei für die Innenstadt verschiedenes gewonnen: Weiterhin motorisierter Zugang zu den Geschäften und den Wohnungen, mehr Lebensraum für die Fußgänger, weniger Lärm und Abgase, besseres Funktionieren des öffentlichen Verkehrs.
- 8./9. Abstimmungs-Wochenende: Die drei kantonalen Vorlagen wurden mit einer Stimmabteiligung von fast 42% gutgeheissen: Gesetz über Jagd und Vogelschutz mit 226 826 Ja gegen 34 356 Nein, die Vorlage zur Ausbildung von Real- und Oberschullehrern mit 189 259 Ja gegen 70 212 Nein und die zweite Etappe der Kantonsschule Bülach mit 141 480 Ja gegen 123 648 Nein. — Überraschend deutlich fiel auch die stadtzürcherische Abstimmung über einen Projektierungskredit von 1,6 Mio. Franken für Bauten für die Berufsschule II sowie Sport- und Erholungsanlagen auf dem Guggachareal im Kreis 6 aus. Bei einer Stimmabteiligung von 39 % stimmten 61 666 dagegen und nur 35 026 dafür. Vor allem die Quartiervereine Unter- und Oberstrass wehrten sich gegen eine Überbauung dieser letzten Grünfläche im Kreis 6, wo Schreber- und Familiengärten vielen Erholung bringen.
12. Erziehungsdirektor A. Gilgen stellt der Öffentlichkeit die Vorlage über das neue Zürcher Universitätsgesetz vor. Beabsichtigt ist vor allem eine Straffung der mit mehr Kompetenzen ausgestatteten Universitätsleitung, die Vereinfachung des Instanzenweges und eine beschränkte Mitbestimmung aller Universitätsangehörigen. Als Sonderfall gilt nach der persönlichen Meinung von Universitätsrektor R. Leuenberger die Wahl des Rektors durch die Regierung, dieser werde sonst überall durch die Universitätsorgane gewählt. — Heute wird das neue Berufsschulzentrum des Kaufmännischen Vereins am Escher-Wyss-Platz seiner Bestimmung übergeben.
19. Wie Finanzvorstand Koller erläutert, schliesst die städtische Rechnung für das Jahr 1974 günstiger ab als budgetiert. Wurde im Herbst 1973 das Budget 1974 noch als Beitrag zur Konjunkturdämpfung vorgestellt, werden nun «Konjunkturspritzen» verlangt. 1976 wird durch die rezessionsbedingten Steuerausfälle einen Budgetengpass bringen.
20. Die Autofähre Horgen-Meilen floriert. Die Dividende kann von 5 auf 10% erhöht werden. 1974 legte das Fährschiff auf 20 134 Kursen 60 400 Kilometer zurück. 522 013 Personen, 213 730 Personenwagen, 15 605 Lastwagen und Schwertransporte, 639 Cars und nicht zuletzt 14 348 Velos liessen sich über den See fahren.

21. Eine ausserordentliche Lokalsendung des Radios führte zur Rettung der Wanderbühne des «Theaters für den Kanton Zürich». Die Bevölkerung und Radiohörer brachten zusammen mit einer Spende der Kantonalbank von Fr. 100 000.— rund Fr. 300 000.— zusammen, die dem notleidenden Theater wieder auf die Beine helfen sollen.
23. Wie gemeldet wird, beschlagnahmten am Samstag Polizei- und Zollorgane im Flughafen Kloten 5,8 Kilogramm Heroin (Handelswert 1,7 Mio. Franken). Innerhalb von nur drei Tagen sind so in Kloten 8,8 kg. dieser harten Drogen aufgespürt worden. Vor allem Hongkong-Chinesen wollen ins schweizerische Rauschgiftgeschäft einsteigen. —
 Eine gewaltige Unwetterkatastrophe verwüstet weite Teile des Kantons. Die Kempt beispielsweise stieg bei Kemptthal innert kürzester Zeit um drei Meter (!) an und unterspülte die Geleise Winterthur-Zürich. Gross sind die Schäden u. a. an den Kulturen im Rafzerfeld und am Irchel. Die Regenstürme wurden von schweren Hagelschlägen begleitet. —
 Entgegen dem Antrag des Regierungsrates überweist der Kantonsrat eine Motion von W. Kyburz, die ein als Arbeitsbeschaffungsprogramm konzipiertes Ausbauprojekt für den öffentlichen Verkehr im Kanton verlangt.
- 28./29. Das «Dampferfäsch» in Zürich über dieses Wochenende fiel teilweise buchstäblich ins Wasser. Aber trotz schlechten Wetters sollte sich das Fest finanziell als erfolgreich erweisen: Verschiedene Aktionen wie Lotterie und Talerverkauf brachten einen Überschuss von rund 130 000 Franken, eine erkleckliche Summe, aber immer noch zu wenig, um den alten Raddampfer «Stadt Zürich» von Grund auf zu sanieren.

Juli 1975

2. Wie zu erfahren ist, wird das Savoy-Hotel Baur en Ville am Paradeplatz vollständig abgetragen, in seiner Fassade aber wieder originalgetreu aufgebaut. Mit dem Baujahr 1838 gilt dieses Hotel als das erste der Stadt Zürich. Die heutige Ansicht geht allerdings auf den 1908 vollendeten Umbau zurück. Betriebliche und gesundheitspolizeiliche Notwendigkeiten haben zum Entschluss eines Neubaus geführt, der gleichzeitig als gutes Beispiel einer auf privater Basis getragenen Denkmalpflege anzusehen ist.
3. Um die Massnahmen im Kampf gegen die Luftverschmutzung zu intensivieren und Grundlagen für die mittel- und langfristige Planung zu erarbeiten, soll auf kantonaler Ebene ein Schwefeldioxidemissions- und Wärmebedarfskataster erstellt werden. Die Gemeinden wurden im Rahmen der für sie organisierten Seminarien über Umweltschutz und Raumplanung über Sinn und Zweck des Katasters sowie über das Vorgehen orientiert.
4. Wegen Teilnahme an linksextremen Demonstrationen lehnt der Erziehungsrat eine Weiterbeschäftigung von Hilfslehrer Jürg Jost am Gymnasium Winterthur ab, nachdem ihm bereits die Wahl zum Hauptlehrer verwehrt worden war. Obwohl der Fall Jost von gewissen Kreisen ausgeschlachtet wird, ist der Durchschnittsbürger doch der Meinung, dass der Staat nicht unbe-

dingt Leute zu beschäftigen habe, die sich gegen diesen Staat und seine Rechtsordnung wenden.

7. Im Kantonsrat bringen die Sozialdemokraten die Wahl ihres linken Vertreters Armand Meyer, Bezirksrichter und Kantonsrat, zum Ersatzmann des Obergerichts nicht durch, obwohl ihnen der Sitz aufgrund des freiwilligen Proporzes zusteht. Besonders den freisinnigen Kreisen ist Meyer zu radikal. — Grosses Spektakel im Industriequartier der Stadt Zürich, wo das gut 100 Meter hohe Kamin der alten Kehrichtverbrennungsanstalt gesprengt wird.
10. In Kanton und Stadt Zürich ist der Anteil der Ausländer wegen der wirtschaftlichen Rezession stark zurückgegangen. Beispielsweise weist der Kanton Zürich in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres eine «exportierte Arbeitslosigkeit» von über 10 000 Erwerbstätigen auf. — Im Kanton Zürich werden Ende Juni 1492 Ganzarbeitslose und 11 522 Teilarbeitslose gezählt.
17. Das Landesmuseum eröffnet die zwei Sonderausstellungen «Der römische Gutshof von Winkel Seeb» und «Zürich um 1500». Das schweizerische Museum leistet mit diesen Ausstellungen einen sehenswerten Beitrag zur zürcherischen Vergangenheit.
18. Zum europäischen Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz 1975 hat das städtische Büro für Denkmalpflege im Helmhaus die Ausstellung «Gang dur Züri» eröffnet. In teilweise origineller Art wird dabei auf die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ereignisse in der Zeit von 1830 bis 1946 eingegangen und die entsprechenden Auswirkungen auf die städtische Bausubstanz dargelegt. In einem zweiten Teil zeigen Vereine aus den 12 Stadt-Kreisen quartiereigene Entwicklungen und Zukunftsperspektiven auf. Rundgänge durch die Innenstadt ergänzen die Ausstellung, die leider hie und da in polemischer Weise sogenannte kapitalistische Entwicklungen angreift.
29. In Zürich ist die kantonale Initiative für ein Gesetz zum Schutz vor Atomkraftwerken eingereicht worden; sie wird unter anderem unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft Umwelt an den Hochschulen, vom Rheinaubund, vom Schweizerischen Verein für Volksgesundheit und von der überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke. Ähnliche Initiativen sind bereits in den Kantonen beider Basel und St. Gallen eingereicht worden; Unterschriftensammlungen laufen in Schaffhausen und Neuenburg sowie auf eidgenössischer Ebene.
30. In Winterthur ist eine Koordinationsstelle für Ausländerfragen eingereicht worden. Die Ausländer, die einen Fünftel der Stadtbevölkerung stellen, sollen nicht in ein Ghetto-Dasein abgleiten. Weiter gilt es, in der herrschenden Rezession soziale Spannungen zu vermeiden.
31. Sechs Jahre nach der spektakulären ersten Herzverpflanzung im Kantons-Spital Zürich hat das Bundesgericht in Bestätigung eines obergerichtlichen Urteils ein wegweisendes Urteil gefällt. Wie der Pressedienst der Schweizer Ärzte-Information mitgeteilt hat, ist die Klage der Eltern des Herzspenders

auf Feststellung einer rechtswidrigen Handlung der beteiligten Ärzte und Behördenmitglieder sowie auf Zahlung einer Genugtuungssumme wegen Verletzung ihrer persönlichen Verhältnisse abgewiesen worden. Dieses Urteil bestätigt, dass der Arzt keine eigentliche Einwilligung von Angehörigen bei notstandsähnlichen Organentnahmen einwandfrei als tot geltender Personen einzuholen hat.

August 1975

1. Ein prächtiger Sommertag bildet den Rahmen für die zahlreichen Bundestags-Feiern im ganzen Kanton. Ein Stilwandel ist überall feststellbar: Von der patriotisch-pathetischen Rede ist man zur nüchternen Analyse von Gegenwartsproblemen übergegangen. Hie und da kommt man sogar ohne den offiziellen Teil einer Ansprache aus und «feiert» ganz einfach bei Musik und Tanz.
4. Ein Wahrzeichen der Hauptstadt, das romantische, im Jahre 1889 in Betrieb genommene Polybähnchen am Central, droht kaufmännischen Überlegungen zum Opfer zu fallen. Mitte der 1960er Jahre transportierte das Bähnchen jährlich um eine halbe Million Personen, heute noch knapp die Hälfte. Aber nicht nur die beträchtlichen Betriebsdefizite machen zu schaffen: eine Verlängerung der Konzession würde erhebliche Revisionsarbeiten bedingen. Bereits ist ein «Verein Pro Polybahn» gegründet worden; mit welchem Erfolg, wird sich noch zeigen müssen.
7. Der Kanton Zürich führt mit Wirkung ab 1. September 1975 eine Meldepflicht für Entlassungen von mehr als 15 Arbeitnehmern ein. Durch diese Massnahme sollen frühzeitig andere Stellen gefunden werden können. — Der Regierungsrat möchte zu den ordentlichen zwei Millionen Franken eine weitere Million zur Finanzierung von Aufgaben der Denkmalpflege bereitstellen. Eine grosse Nachfrage nach Subventionen für die Instandstellung schützenswerter Bauten sowie Arbeitsbeschaffung drängen einen solchen zusätzlichen Kredit auf.
11. Die erste Vormittagssitzung des Kantonsrates nach der Sommerpause gilt der Problematik der Kernkraftwerke.
Eine erste Motion will Atomkraftwerke und radioaktives Material solange vom Kantonsgebiet fernhalten, bis die Sicherheits- und Umweltsfragen zweifelsfrei gelöst seien. Eine zweite Motion zielt auf die Einreichung einer Standesinitiative nach dem Vorbild von Baselstadt ab, und ein «Beschlussesantrag» fordert gleichermaßen eine Standesinitiative zur Unterstützung der Initiative beider Basel und des Aargaus.
Die Debatte bringt erwartungsgemäss keine neuen Argumente. Hingegen werden die erwähnten Vorstösse verworfen; die Mehrheit der Ratsherren bezeugt damit Vertrauen zur bundesrätlichen Kernkraft-Politik. Wie Volkswirtschaftsdirektor Künzi bekannt gibt, bestehen keine Pläne für den Bau von Kernkraftwerken im Kanton für die nächste Zukunft.
12. Ende Juli wurden beim öffentlichen Arbeitsnachweis 1799 Stellensuchende im Kanton gezählt. Die Zahl der Ganzarbeitslosen nahm gegenüber dem Juni

um 225 auf 1717 Personen zu. In 148 Firmen sind 10 095 Arbeitnehmer auf Kurzarbeit gesetzt. —

Seit 1971 sind in der Stadt Zürich sechs Todesfälle wegen Drogenmissbrauchs registriert worden. Gestern starb ein 26jähriger Mann an einer Überdosis Rauschgift in einem einschlägigen Lokal an der Rämistrasse.

13. Der Bülacher Stadtpräsident kann dieser Tage eine zweijährige Arbeit für ein Leitbild zur Erhaltung und Aktivierung des Zentrums dieses prächtigen Landstädtchens vorstellen. Einige der Ziele sind: Grösseres und attraktiveres Wohnungsangebot, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Fussgängerzonen, Tiefgaragen am Stadtrand, Grüngürtel um die Stadtmauer, kulturelle Nutzung, Sonderbauordnung Altstadt zur denkmalpflegerischen Erhaltung und Ergänzung des historischen Stadtkerns.
14. Schon seit einiger Zeit patrouilliert auf dem Zürichsee eine merkwürdige Motorjacht. Es handelt sich um das Forschungsboot «Tethys» des Geologischen Instituts der ETH. Mittels Schallwellen werden seismische Profilaufnahmen gemacht. Beispielsweise hat man festgestellt, dass der See die durch Verbauung und Industrialisierung verursachten Ablagerungen der letzten hundert Jahre nicht «verdauen» konnte.
18. Als überraschend stellten sich urgeschichtliche Funde in Pfäffikon heraus, handelt es sich doch bei den Keramikscherben, Bronzenadeln, Bronzescheiben u.a.m. um Zeugnisse der mittleren Bronzezeit (1500–1250 v. Chr.), also einer Epoche, die in der östlichen Schweiz nur wenig belegt ist. — Im Kantonsrat spricht sich auch Erziehungsdirektor Gilgen dafür aus, dass die Senkung der Klassenbestände eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Verbesserung von Erziehung und Unterricht darstelle. Hingegen will er sich durch eine entsprechende Interpellation von sozialdemokratischer Seite nicht näher festlegen lassen. Immerhin kann er auf massive Verminderung der durchschnittlichen Klassenbestände seit 1964 hinweisen. Kantonsrat und Sekundarlehrer Wegmann weist zu Recht darauf hin, dass die Qualität einer Klasse weniger vom Schülerbestand und der Methode abhängt, als vielmehr von der Persönlichkeit des Lehrers und vom Grad der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus.
24. Trotz Dauerregens kommen Bauern aus dem ganzen Kanton zur festlichen Bauernlandsgemeinde in Gossau zusammen. Landwirte aller Generationen festigen hier ihr Zusammengehörigkeitsgefühl.
25. Die Staatsrechnung 1974 gibt dem Kantonsrat wenig Probleme auf, ist das Ergebnis doch über Erwarten gut ausgefallen. Grössere Steuereinnahmen als budgetiert und vor allem eine straffe Ausgabenpolitik haben dazu beigetragen, dass über 120 Millionen Franken zur Tilgung früherer Defizite abgezweigt werden konnten, Tilgungen, wie sie nicht vorausgeplant waren.
28. Die städtische Wohnkolonie an der Limmatstrasse hinter dem Limmatplatz soll im Sinne der anzustrebenden Stadterneuerung renoviert und das benachbarte Areal des alten Gaswerkes mit 180 Wohnungen überbaut werden.

29. Nach über dreijähriger Bauzeit kann heute die neue Zentralwerkstätte der VBZ in Altstetten eingeweiht werden. Die 90-Millionen-Anlage verbessert nicht nur den internen Betrieb der VBZ ganz bedeutend, sondern stellt gleichzeitig 840 Parkplätze für Park-and-Ride zur Verfügung. Der auswärtige Automobilist kann hier parken und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, unter anderem einem speziell geschaffenen Express-Bus, die City erreichen.
31. Wallisellen begeht ein seltenes Jubiläum mit einer würdigen Feier: Vor 1100 Jahren wurde dieser Flecken zum ersten Mal schriftlich genannt. Gleichsam als Geburtstagsgabe wurde das Alters- und Pflegeheim «Wägelwiesen» sowie der angegliederte Kinderhort mit Kinderkrippe seiner Bestimmung übergeben.

September 1975

2. Vor dem spanischen Generalkonsulat protestieren einige Dutzend Gegner des spanischen Regimes gegen die über zwei baskische Unabhängigkeitskämpfer verhängte Todesstrafe.
4. In der kantonalen Strafanstalt Regensdorf herrscht verbreitete Arbeitslosigkeit, da infolge der Rezession viele Aufträge ausbleiben. Die Strafanstalt hat in den letzten Jahren versucht, ihren Insassen vermehrt anspruchsvollere Arbeiten zuzuhalten als Tütenkleben und Besenbinden. Gerade in den neu eingeführten, mechanisch orientierten Abteilungen ist nun der Einbruch besonders zu spüren.
5. Vom 5. bis 14. September findet überall in der Schweiz die Volksolympiade statt. In Zürich beginnen diese im Sinne der Volksgesundheit organisierten Spiele auf der Hochschulsportanlage Allmend Fluntern mit einem durch die Pro Senectute angeregtem Alterssporttag.
- 6./7. Kantonales Abstimmungs-Wochenende: Bei einer äusserst schlechten Stimm-beteiligung von knapp 29 Prozent hat das Zürcher Volk gewichtige Vorlagen gutgeheissen: Das neue Planungs- und Baugesetz mit 104 067 Ja gegen 79 141 Nein, das Verfassungsgesetz über Schulversuche mit 94 098 Ja gegen 80 148 Nein und das entsprechende Ausführungsgesetz mit 92 769 Ja gegen 81 793 Nein.
Abgelehnt hingegen wurde die Volksinitiative zu einer umfassenden Reform des Zürcher Schulwesens sowie ein Kantonsratsbeschluss über die Bewilligung eines Kredites zur Wiederäufnung des Stipendienfonds der höheren Lehranstalten. Dieser Fonds steht für die Ausbildung ausländischer Mittel- und Hochschulabsolventen zur Verfügung, doch sind seine Mittel erschöpft. Gegen den Kantonsratsbeschluss hat die Nationale Aktion für Volk und Heimat das Referendum ergriffen. —
Der Stadtzürcher Souverän stimmt einem Kreditbegehr von fast 12 Mio. Franken zur Neugestaltung des Paradeplatzes zu. Nach der Erneuerung der VBZ-Geleise soll der Platz weitgehend der Fussgängerzone Bahnhofstrasse eingegliedert werden. —
Grosses Fest in Uster, das seiner ersten Nennung vor 1200 Jahren gedenkt.

8. Rund 700 Teilnehmer beteiligen sich im Schauspielhaus am internationalen Kongress für gerichtliche Wissenschaften, wobei Bundesrat Furgler die Begrüssungsansprache hielt. Die modernen technischen Methoden der forensischen Wissenschaften bilden nach Furglers Meinung eine nicht zu unterschätzende Gefahr für eine menschenwürdige Rechtsanwendung.
 9. Seit einigen Tagen wird in Stammheim die Hopfenernte eingebracht. Es ist die einzige Gegend in der Schweiz, wo noch Hopfe gezogen wird. Der diesjährige Ertrag wird auf 20 Tonnen geschätzt.
- 13./15. Das diesjährige Knabenschiessen — sozusagen ein urzürcherischer Brauch — sieht einen Schützenkönig aus dem Aargau. Der aus Spreitenbach stammende Felix Bumbacher hat bereits am Samstag das Maximum von 35 Punkten erreicht.
14. Die Tösstalbahn begeht ihr hundertjähriges Jubiläum. Wer die örtlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Gegebenheiten des Tales kennt, weiss, dass gerade diese Bahn wie keine andere Charakter und Wirtschaft einer Region bestimmt hat.
 15. Zum internationalen Jahr der Frau wird im Zürcher Stadthaus die Ausstellung «Frauen in der Schweiz» eröffnet. Die Zürcher Frauenzentrale griff dabei auf Bestände des Sozialarchivs und der Zentralbibliothek zurück. Die Themen lauten: «Frau und Arbeit», «Das weibliche Geschlecht», «Der Mann — der Geist / Die Frau — der Leib», «Frau–Familie–Mutter», «Frau und Bildung», «Frau und Öffentlichkeit», «alleinstehende Frau». Die eindrückliche Schau geht weitgehend auf historische Entwicklungen ein und weist auf die vielfach diskriminierende Sonderstellung der Frau hin.
 18. Im Winterthurer Gewerbemuseum ist dieser Tage als weiterer Beitrag zum europäischen Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz die Ausstellung «Winterthur und seine Gärten» eröffnet worden. Diese Veranstaltung beweist mit ausgezeichnetem historischen und modernen Bildmaterial, dass die Eulachstadt nicht nur Kunst- und Industriestadt ist, sondern in ganz ausgesprochenem Mass auch «Gartenstadt». Die neuesten bekannt gegebenen Luftmessungswerte für Winterthur beweisen diese Tatsache eindrücklich genug: Der höchste Kohlenmonoxid-Wert pro Stunde liegt um das Siebenfache unter demjenigen Zürichs und das Zehnfache unter demjenigen von Paris.
 19. Die Überbauung Grünau unterhalb der Europabrücke in Zürich als Gespensterstadt? Diese nun im Rohbau fertigerstellte Siedlung mit über 650 Wohnungen und einem Alterswohnheim war noch in den späten 1960er Jahren geplant worden. Heute in veränderter wirtschaftlicher und demographischer Lage wird man sich allerhand einfallen lassen müssen, um die nicht sehr billigen Wohnungen füllen zu können.
 20. Etwa 8000 Christen nehmen in Zürich an einem «Schweigmarsch» für ihre diskriminierten und verfolgten Glaubensgenossen in aller Welt teil.

22. Der Regierungsrat hat den Schlussbericht der Expertenkommission zum Entwicklungskonzept des Zürcher Berggebietes veröffentlicht (Gemeinden Bauma, Bäretswil, Fischenthal, Hinwil, Hittnau, Hofstetten, Schlatt, Sternenberg, Turbenthal, Wald, Wila, Wildberg, Zell). Hauptziele sind die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen für die ansässige Bevölkerung sowie die Erhaltung dieses voralpinen Gebietes als Erholungsraum auf kantonaler Ebene.
25. Heute eröffnet die 26. «Züspa» in Zürich ihre Tore. Dieses Schaufenster für Gewerbe und Industrie wird vielleicht eine Drittelmillion Besucher anziehen. Trotzdem lassen sich die Schatten der Rezession nicht verscheuchen. Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Hans Künzi weist darauf hin, dass heutzutage wieder ganz besonders Arbeitsqualität und Ausbildung zählen.
27. Das Pestalozzianum in Zürich begeht sein 100jähriges Bestehen. Eine Ausstellung vermittelt einen guten Einblick in die Tätigkeit dieses «Instituts zur Förderung des Schul- und Bildungswesens und der Pestalozzi-Forschung». Wie Erziehungsdirektor A. Gilgen unter anderem ausführt, beschäftigt sich das Institut vor allem auch mit der Lösung aktueller Schulprobleme.
30. Die Töchterschule der Stadt Zürich, die bekanntlich durch den Kanton übernommen wird, feiert ihr 100jähriges Jubiläum. Gestern haben die Schülerinnen als Symbol der Gleichberechtigung eine Platane am Heimplatz gepflanzt, um darauf mit männlichen Kollegen — ganz im Zeichen künftiger Koedukation — in einem Fackelzug nach dem Stadthaus zu ziehen. Der Heimplatz galt übrigens seit jeher als Treffpunkt von Mittelschülern und -innen, die bisher getrennt zur Schule gehen mussten.

Oktober 1975

1. Bis zum 1. Oktober hat im Institut für Reformationsgeschichte eine Bullinger-Tagung stattgefunden. Theologen und Historiker aus der ganzen Welt orientieren sich über den Forschungsstand über diesen Zürcher Reformator sowie Humanisten von europäischer Geltung.
2. Die Stadt Zürich ist um ein Refugium der Ruhe und Erholung reicher geworden. Nach anderthalbjähriger Bauzeit wird heute die neue Fussgänger-promenade Schanzengraben offiziell eröffnet. Stadtrat Burkhardt liess es sich nicht nehmen, persönlich einen Weidling mit geladenen Gästen dem neuen Bauwerk entlang zu rudern.
3. Die «Arbeitsgruppe für staatsbürgerliche Bildung» hat, wie bekannt wird, einem Meinungsforschungs-Institut den Auftrag gegeben, den «Ist-Zustand» der staatsbürgerlichen Kenntnisse von insgesamt rund 200 Stimmbürgern in der Agglomeration Zürich zu erkunden.
Dabei stellte sich unter anderem heraus, dass die Frauen viel schlechter unterrichtet sind. Mit zunehmender Schulbildung steigt auch das Interesse und

Verständnis für den Staat. Rund die Hälfte der Befragten empfinden den derzeitigen staatsbürgerlichen Unterricht als ungenügend.

6. Der Kampf um die Zürcher Ständeratswahlen gewinnt mit der sozialdemokratischen Kandidatur des Literaturprofessors und Schriftstellers Adolf Muschg an Spannung. Der eine eindeutige Linksposition einnehmende Muschg hat auch seine berühmten Zeitgenossen Max Frisch und Günter Grass für sich eingespannt.
8. Heute morgen um 0300 Uhr detonierte am Haus von Regierungsrat Jakob Stucki in Seuzach eine etwa 1 kg Sprengstoff enthaltende Bombe. Drei weitere Bomben zündeten glücklicherweise nicht, weshalb der kantonale Polizeidirektor und seine Familie den Anschlag unbeschadet überstanden. Am Haus ist grosser Sachschaden entstanden. Wie sich herausstellen sollte, sind die Täter in den Kreisen des sog. «Divine-Light-Zentrums» zu suchen. Dass diese geistig-religiöse Vereinigung, die bekanntlich in den blauen Häusern am Winterthurer Brühlberg wohnt und deren merkwürdiges Benehmen zu Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung und mit den Behörden geführt hat, sich der Methoden von Polit-Gangstern bedient, stuft die hier herrschende Gesinnung genügend ein. — Am Vormittag zieht ein wahrscheinlich Geisteskranker die Aufmerksamkeit von Feuerwehr und Polizei auf sich: Zwei Brandstiftungen im Opernhaus rufen grosse Aufregung hervor, verursachen aber keinen grossen Schaden.
10. Die Stadt Zürich verfügt nach dreijähriger Arbeit über einen aufgrund eines Tankkatasters erstellten SO₂-Immissionskataster, ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Luftverschmutzung.
17. Studenten und Professoren empfangen vor dem Chemiegebäude der ETH den neuen Chemie-Nobelpreisträger Vladimir Prelog. Der Wissenschaftler ist im zweiten Weltkrieg von Zagreb nach Zürich gezogen und hat hier eine neue Heimat gefunden.
- 18./19. Der Höngger Quartierverein hielt über dieses Wochenende zum dritten Mal ein «Wümmerfäsch» ab. Grundlage einer solchen Veranstaltung im städtischen Höngg bildet natürlich der erst vor wenigen Jahren bei der Kirche neuangelegte Weinberg, der einen herrlichen Riesling Sylvaner liefert.
23. Unübersehbar wachsen im Hardau-Areal vier Wohntürme amerikanischen Ausmasses. Hier sollen dereinst in 603 kommunalen Wohnungen rund 1500 Menschen leben. Wie die Stadträte Frech und Koller orientieren, fehlen weder Kindergarten noch Alterssiedlung, und selbstverständlich wird auch Platz für die Autos geschaffen. Sicher braucht die Stadt mehr Einwohner. Ob Wohnsilos dieser Grössenordnung für das Individuum und die Stadt gut sind, wird sich weisen.
29. Wie zu erfahren ist, hat der Stadtrat von Winterthur zustimmend eine Studie seiner Verkehrsplanungsabteilung zur Kenntnis genommen. Mit Einsatz geringer materieller Mittel kann durch polizeiliche Massnahmen ein Optimum

an Wohnschutz vor den Immissionen des Strassenverkehrs erreicht werden. Durch neue Signalisierungen, Fahrverbote, Zufahrtsbeschränkungen, Abbiegeverbote, Einbahnstrassen, Abschnürung von Durch- und Ausfahrten soll der quartierfremde Verkehr den Wohngebieten ferngehalten und auf die Haupt- und Sammelstrassen kanalisiert werden. Es geht nicht darum, zukunftsfeindlich den Verkehr abzuwürgen, sondern ihn zu leiten und zu beruhigen.

November 1975

5. Überall in der Stadt Zürich ist das Sterben vereinzelter Alleeäume zu beobachten. Wie der Stadtrat auf eine entsprechende schriftliche Anfrage antwortet, sind die Ursachen dafür sehr komplex: Abgase, Ölruß, Streusalz, zu geringe Baumscheiben, undichte Gasleitungen im Boden. Das städtische Gartenbauamt ist ständig bemüht, Abgänge durch Jungbäume zu ersetzen. Bauliche Massnahmen sollen nach Möglichkeit Schäden verhindern. Tröstlich ist auch, dass heute mit über 16 000 Exemplaren mehr Alleeäume stehen als 1970.
6. Dieser Tage verdichten sich Indizien früherer Gräberfunde zur Gewissheit. Der Aushub eines Leitungsgrabens des EWZ an der Spiegelgasse zeigt eindeutig, dass im Bereich Spiegelgasse–Neumarkt ein frühmittelalterlicher Friedhof (wohl 8. Jahrhundert) angelegt gewesen sein musste.
7. Der stadtzürcherische Polizeivorstand Hans Frick eröffnet auf einem Velo eine vom Katzensee über Affoltern und Oerlikon nach Schwamendingen führende Veloroute von 10,5 km Länge. Heute werden im Kanton Zürich wieder über 74 000 Velos gezählt, nachdem ihre Zahl um 1970 auf rund 62 000 abgesunken war.
14. Seit Ende September war bekannt, dass sich die Jean Frey AG, Herausgeberin u.a. des Gratisanzeigers Züri Leu, um eine Aktienmehrheit der Buchdruckerei Berichthaus, Tagblatt der Stadt Zürich AG, bemüht. An einer ausserordentlichen Generalversammlung von heute wurde aber der Antrag auf Übertragung jenes Aktienpaketes auf die Jean Frey AG zurückgezogen. Damit ist die Gefahr einer ungesunden Machtkonzentration im Zürcher Pressewesen vorläufig abgewendet worden.
15. Wie bekannt wird, hat der Quartierverein Mülligen eine von nahezu 900 Anwohnern der Zürcher-/Badenerstrasse in Schlieren unterzeichnete Petition bei der kantonalen Koordinationsstelle für Umweltschutz eingereicht. Die Petenten verlangen von Gemeinde- und Kantonsbehörden, kein zusätzliches Verkehrsaufkommen zuzulassen und die heutige Frequenz abzubauen. Unzumutbare Immissionen von Lärm und Abgasen machen den Anwohnern dieser erst vor wenigen Jahren ausgebauten vierspurigen Durchgangsstrasse stark zu schaffen.
16. Heute abend stirbt Dr. iur. h.c. Walter Müller unvermutet an einem Herzversagen. Die kantonale Verwaltung verliert in ihm als Chef der Finanzver-

waltung einen der fähigsten Beamten. Gross ist aber auch der Verlust für die Rechts- und Geschichtswissenschaft, hat der Verstorbene doch in kompetenter und massgebender Weise die ländliche Rechtsgeschichte vor allem seiner ostschweizerischen Heimat erforscht.

24. Eine Interpellation im Kantonsrat greift das vom Regierungsrat angeordnete Verfahren für die Volksabstimmung vom 7. Dezember für die Revision des Verfahrens in Zivilsachen sowie über die Öffentlichkeit der Urteilsberatung am Obergericht und am Kassationsgericht an. Beanstandet wird die vorgesehene Einschränkung des Stimmrechts, die darin besteht, dass sich zur Detailfrage der Öffentlichkeit der Urteilsberatung nur jene Stimmbürger zu äussern hätten, die der Vorlage über die Revision des Verfahrens in Zivilsachen zustimmen.

Fast der gesamte Rat ist der Meinung, die Regierung habe die Abstimmung über diese Vorlage zu verschieben und die Fragestellung zu ändern (einer Aufforderung, der die Regierung kurz darauf nachkommen sollte).

25. An der heutigen Kirchensynode steht der Bericht des Kirchenrates über Aufgaben und Ziele in der Amtsduer 1975/79 zur Diskussion. Betonung findet die Verantwortung für die Massenmedien. Verlangt wird eine theologische Erarbeitung der Ursachen der Rezession, die als Menschenwerk anzusehen ist. Gewarnt wird vor einem Fortschrittsglauben mit grösserer Freiheit, Mündigkeit und Selbstbestimmung abseits von Christus. An der Solidarität mit dem Ökumenischen Rat der Kirche soll im kritischen Sinn festgehalten werden.

Eingetreten wird sodann auf das finanziell aufwendige Projekt eines Hauses der Stille und Besinnung in Kappel, das das Tagungszentrum Boldern im Sinne einer Stätte der Meditation ergänzen soll.

Dezember 1975

- Der Kantonsrat behandelt die Vorlagen der Teuerungszulagen für das Staatspersonal. Künftig wird auf das System der rückwirkenden Teuerungszulagen verzichtet. Die Besoldungen sollen jeweils nach dem Dezemberindex des Vorjahres erhöht werden, eine Erhöhung wird zudem auch auf den Juli vorgenommen, wenn der jeweilige Juniindex drei Prozent über der letzten Anpassung liegt.

6./7. Abstimmungswochenende.

Überraschend deutlich stimmt der Souverän mit 144 091 Ja gegen 125 795 Nein der Verlegung der Kaserne ins Reppischtal zu. Vor allem aus den Anliegergemeinden Urdorf, Dietikon, Schlieren und Birmensdorf ist handfeste Opposition gegen eine solche Verlegung gemacht worden. Man glaubte, für die Erhaltung eines Naherholungsgebietes kämpfen zu müssen und führte die gewaltigen Folgekosten der Vorlage ins Feld. Sodann sahen viele im relativ engen Gelände nur bedingte Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Infanterierekruten. Praktisch oppositionslos passierte die Vorlage für einen Kredit zur Sanierung der Blindlandepiste auf dem Flughafen Kloten.

Mit 170 489 Nein gegen 95 863 Ja wurde hingegen der Neubau eines Staatsarchivs am Zeltweg wuchtig abgelehnt. An und für sich war die Notwendigkeit eines Neubaus dieses Kulturinstitutes von europäischer Geltung unbestritten, doch erwuchs der Vorlage, die den Kantonsrat mühelos passiert hatte, gegen die aber das Referendum ergriffen worden war, Gegnerschaft aus den verschiedensten Kreisen. Überzeugte Quartierbewohner, dann aber auch Künstler usw. mit Zweitwohnung in den abzureissenden Häusern, notorische «Linke» und Gutbürgerliche mit mehr als undurchsichtigen Motiven kämpften in einer eher unheiligen Allianz gegen das Projekt und für das «letzte Biedermeierquartier». Hier wäre das Archiv in mustergültiger Art auf Jahrzehnte untergebracht gewesen, wäre die Villa zum Zeltgarten saniert und für die kaum mehr bewohnbaren Wohnungen beinahe Realersatz an Wohnraum geschaffen worden. Das Zürcher Volk, das in seiner Mehrheit die Bedeutung seines Staatsarchivs kaum kennt, hat damit eine Chance verloren, einem unwürdigen Provisorium ein Ende zu setzen. — Der Stadtzürcher Stimmbürger genehmigte mit grossem Mehr die Vorlage einer gründlichen Sanierung des Schauspielhauses.

10. Wie die Personalkommission des Erziehungsrates mitteilt, ist 1974/75 drei Volksschullehrern, die wegen Dienstverweigerung zu Gefängnisstrafen und zum Ausschluss aus der Armee verurteilt wurden, die Wiederbeschäftigung im kantonalzürcherischen Schuldienst verweigert worden. Bevor der Erziehungsrat auf die eingegangenen Einsprachen eingeht, hat er Grundsätze für die Behandlung von Fällen von Dienstverweigerung oder Aufforderung zur Verletzung militärischer Dienstpflicht durch Lehrer erarbeitet. Gerade der Beamte, und hier vor allem der Lehrer als Erzieher des künftigen Staatsbürgers, ist zu besonderer Treupflicht auch ausserdienstlich gehalten. Von ihm muss erwartet werden, dass er der in der Verfassung festgelegten Bürgerpflicht nachkommt.
11. 55 Obdachlose des «Bunkers» am Helvetiaplatz bereiten ihren Umzug an die Gerechtigkeitsgasse Nr. 5 beim Bahnhof Selnau vor. Die Stadt hat einen grossen Teil des Hauses «Suneboge» Pfarrer Sieber und seinen Schützlingen überlassen, die das Haus eigenhändig mit Mitteln der Kirche für ihre Zwecke herrichteten.
12. Seit Ende Oktober zügelt das Stadtarchiv von Zürich aus dem Stadthaus in das für seine Zwecke eigens renovierte Haus zum unteren Rech am Neumarkt. Während die städtischen Geschichtsquellen vor 1798 bis auf einen verschwindenden Rest im Staatsarchiv liegen, verfügt das Stadtarchiv über kostbare Dokumente der jüngeren Zeit, die beispielsweise den Aufstieg der Stadt Zürich im 19. Jahrhundert zur schweizerischen Wirtschaftsmetropole mit all den politischen und sozialen Folgeproblemen dokumentieren.
— Wie viele andere städtische Gemeinden des Kantons befindet sich auch Wetzikon in prekäre Finanzlage. An einer Gemeindeversammlung kann sich der Bürger allerdings nicht mit den vorgeschlagenen 10 Prozent Steuererhöhung abfinden: Die Versammlung heisst lediglich fünf Steuerprozente gut. Die Rechnungsprüfungskommission war sich einig, dass heute für die Grosszügigkeit und Unbekümmertheit der letzten beiden Jahrzehnte die Rechnung präsentiert wird.

15. Der Kantonsrat genehmigt das Dreijahresprogramm für den Bau der kantonalen Hochleistungsstrassen und nimmt Kenntnis vom Strassenbauprogramm 1976–78. Waren in den letzten Jahren der überbordenden Hochkonjunktur viele kritische Stimmen plötzlich umweltbewusst gewordener Parlamentarier gegen den Strassenbau zu vernehmen, hat sich nun die Grundstimmung im Rat als Folge der prekären Beschäftigungslage geändert.
18. Wie zu erfahren ist, wurde der Stadlersee im Zürcher Unterland mittels Zuführung von Wasser durch eine Rohrleitung vor der Gefahr des Verlands und Austrocknens bewahrt. Ein neu angelegter Fussweg erschliesst das grossartige Naturschutzgebiet in angemessener Weise.
19. Der Erziehungsdirektor überreicht in einer nach kantonalen Massstäben feierlicher Atmosphäre im Rathaus die Auszeichnungen aus den kantonalen Kulturförderungskrediten an 31 «kulturell Schaffende». Er würdigt gleichzeitig im Namen der Regierung den Beschluss des Kantonsrates, trotz Finanzknappheit und Rezession die Kultukredite nicht zu kürzen. Eine Ehrengabe geht auch an den Zürcher Historiker Emil Usteri, der die Geschichtsschreibung seiner Vaterstadt und des Kantons wesentlich bereichert hat.
22. Der Kantonsrat diskutiert den Staatsvoranschlag für 1976 sowie die finanzpolitischen Grundlagen 1976–1981. Selbst ein Wirtschaftsaufschwung kann nur wenig an der längerfristig sich verschlimmernden Defizitperiode ändern. Angesichts der gegenwärtigen Rezession soll das Budget kompensatorisch wirken, und unter dieser Bedingung erscheint es vertretbar, dass der Kanton vor allem in den nächsten beiden Jahren Ausgaben bis an die Grenze der möglichen Fremdgeltaufnahme tätigt. Trotz der Notwendigkeit von Arbeitsbeschaffung dürfen aber nur Projekte von erstrangiger Priorität verwirklicht werden. Das Ausgabengewachstum wird mit neun Prozent jährlich geringer sein als der Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Steuererhöhungen sind im Interesse der Konsum- und Investitionsankurbelung möglichst zu vermeiden. Wesentlich erscheint, dass überall Mass gehalten und eigene Leistung erbracht wird.
30. Das kantonale Rebbaukommissariat teilt mit: Mit einer Jahresernte von 18 705 hl. im zürcherischen Rebbaubereich ist die Ernte rund 5000 hl. unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre ausgefallen. Teilweise ungünstige Witterungsbedingungen wie die Unwetterkatastrophe vom 23. Juni sowie eine Fäulnisinfektion führten zu diesem mengenmässig schlechten Ergebnis. Hingegen ist die Qualität dank des prächtigen Herbstes überdurchschnittlich. — In der Stadt Zürich ist der sog. Altpapierkrieg beendet worden. Die beiden auf gemeinnützige Zwecke ausgerichteten Sammelorganisationen «Papier bleibt hier» und «Altpapiersammlung Zürich» haben sich in unerfreulicher Weise konkurreniert und dabei teilweise schlechte Ergebnisse erzielt. Sie haben sich nun zusammengetan zur Gemeinnützigen Zürcher Papierabfuhr. Monatlich wird nun mit 300 Tonnen Altpapier gerechnet. So willkommen die umfassende Wiederverwertung dieser Altstoffe für gemeinnützige Zwecke ist, muss doch auch gesehen werden, dass viele kleine Altstoffsammler, vielfach Randexistenzen unserer Gesellschaft, dadurch in Bedrängnis geraten sind.

Januar 1976

1. Im alten Jahr sind überall Budgetgemeinden abgehalten worden: Grundton war die Notwendigkeit des Spars, Vielfach kam man nicht um Steuererhöhungen herum. Noch beruhen die meisten Einnahmeausfälle auf der letzten Steuergesetzrevision. Als ernsthafter werden sich Steuerausfälle wegen der wirtschaftlichen Lage erweisen. Ein automatisches Wachstum der Steuererträge in den Gemeinden wird kaum mehr die Regel sein.
5. Einmal mehr steht der öffentliche Verkehr im Mittelpunkt der Diskussion im Kantonsrat. Gutgeheissen wird eine parlamentarische Initiative zur Schaffung eines Fonds für die Finanzierung von Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Weiter werden ein Postulat und eine Motion überwiesen, die die Verwirklichung eines S-Bahn-Systems verlangen.
7. Der Gemeinderat Zürich lehnt mit 62 zu 44 Stimmen eine sozialdemokratische Motion zur Einführung der 40-Stunden-Woche für das städtische Personal ab. Auch auf eidgenössischer bzw. tariflicher Ebene plädieren gewisse Kreise für die 40-Stunden-Woche. Im Volk ist allgemein aber die gesunde Meinung zu finden, dass die Schweiz nur mit Leistung bestehen kann.
8. Vor illustren Gästen eröffnet Bundesrat H. Hürlimann das Zürcher Wohnmuseum in den Bärengass-Häusern. Im Oktober 1972 sind die Häuser «Zum Schanzenhof» und «Zur Weltkugel» von der Bärengasse an den Basteiplatz verschoben worden. Die Häuser sind der Stadt von der Familie Bodmer geschenkt worden, und der Schweizerische Bankverein, Nutzniesser dieser Verschiebung, aufnete mit einer Einlage von einer Million Franken eine Stiftung für das hier inzwischen eingerichtete Museum, an dessen Einrichtung das Landesmuseum wesentlich beteiligt war. Alles in allem ein glückliches Zusammenspiel öffentlicher, denkmalpflegerischer, musealer und privater Initiative.
 - Vor der Zürcher Landvolktagung des Landwirtschaftlichen Kantonalver eins im Winterthurer Volkshaus weist Bundesrat Brugger auf die veränderte wirtschaftliche Lage hin: Verlust von 200 000 Arbeitsplätzen, 20 000 Arbeitslose, 120 000 Kurzarbeiter. Die Landwirtschaft sollte einen hohen Grad der Selbstversorgung gewährleisten. In der Industriegesellschaft nimmt der Bauer als Hüter einer intakten Kulturlandschaft eine wichtige Stellung ein. Die Diskussionen um die Landwirtschaft muss aus der Sackgasse der einseitigen materialistischen Betrachtungsweise, des Gezänks um Rappen und Prämien herausgeführt werden. Statt dessen müssen Platz und Aufgabe der Landwirtschaft im Rahmen unserer Gesellschaft und einer kommenden Umweltgestaltung besser definiert werden. Damit kann gerade bei der jungen Bauerngeneration vermehrtes Vertrauen geschaffen werden. Es gilt, die eigene Verantwortung zu übernehmen.
12. Die Volkswirtschaftsdirektion erlässt an alle Arbeitgeber den eindringlichen Aufruf, nicht nur keine Lehrstellen abzubauen, sondern möglichst noch neue zu schaffen. Es gilt der drohenden Jugendarbeitslosigkeit zu steuern. In Zürich, Winterthur und Wetzikon sind für Schulabgänger ohne Lehrstelle ganzjährige berufsvorbereitende Kurse geplant.

- Der Kantonsrat wählt Rolf Widmer zu seinem neuen Präsidenten. Albert Eggli musste dieses Amt vorzeitig aufgeben, da er als Winterthurer Stadtrat und neugewählter Nationalrat laut Winterthurer Geschäftsordnung kein drittes politisches Mandat versehen darf. Sodann wird im Rat die künftige Entwicklung der Universität am alten Ort (Geisteswissenschaften) diskutiert. Hochschulbauten sollen künftig auf einen festgelegten Perimeter beschränkt werden, was nach einer Teilbauordnung für das Hochschulquartier ruft. Der zukünftige Raumbedarf sowie der beträchtliche Nachholbedarf der am Zürichberg verbleibenden Geisteswissenschaften kann aber nur im Rahmen einer eigentlichen Erweiterung gedeckt werden.
13. Baudirektor A. Günthard nimmt das Denkmalschutz-Jahr 1975 zum Anlass für eine Pressefahrt durch den nördlichen Kantonsteil. Das Jahr habe uns bezüglich Erhaltung von Einzelbauten und Dorfbildern einen grossen Schritt vorwärts gebracht, und: «In der Bevölkerung ist das Verständnis für den Schutz erhaltungswürdiger Objekte gewachsen». Zu besichtigen waren unter anderem die Renovationsarbeiten an der Kirche des ehemaligen Klosters Rheinau. Eindrücklich sind auch die Bemühungen, das intakte Dorf Rudoltingen zu erhalten. Neubauten sind nur im engeren Dorfgebiet möglich und haben sich einzupassen.
14. Der Regierungsrat bittet den Bundesrat, das Zürichberglinien-System in das langfristige Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes aufzunehmen (S-Bahn-Projekt-Bahnhof Museumstrasse). — Der Stadtrat von Zürich legt Sonderbauvorschriften für das Hochschulquartier vor. Seit 1960 haben die Hochschulen 10 000 m² Bruttogeschossfläche Wohnraum verdrängt. Ein Ziel ist deshalb Schutz und Rückgewinnung von Wohnraum, ohne aber die vernünftige Entwicklung der Hochschulen und des Kantonsspitals zu gefährden.
17. Auch die Stadt Winterthur kennt das Problem des Bevölkerungsrückgangs. Anfangs 1976 zählte die Stadt mit 91 610 Einwohnern 1552 Personen weniger als vor Jahresfrist.
19. Der Kantonsrat spricht sich deutlich gegen eine parlamentarische Initiative der Sozialdemokraten zur Erhebung einer Zusatzsteuer auf Kapital und Vermögen zur Krisenbekämpfung aus (1 Prozent auf steuerbares Vermögen über 500 000 Franken und 1,5 Promille auf Kapital). Der befürchtete Schlusseffekt: dass man schliesslich weniger Steuern einnehme, da die entsprechenden Steuerzahler abwandern würden, sowie unverantwortliche Schädigung des Unternehmers gerade in der heutigen wirtschaftlichen Rezession.
21. Wie zu erfahren ist, prüft die kantonale Finanzdirektion in Zusammenarbeit mit Kreisen des Natur- und Tierschutzes sowie der Jägerschaft die Wiederausiedlung von Luchsen im Schonrevier am Tössstock.
23. Der Stadtrat von Zürich hat eine Behördeninitiative zum Bau einer kantonalen Drogenklinik eingereicht. Es geht vor allem um die sozialpsychiatrische Betreuung der Kranken als dritter Phase im Drogenentzugsverfahren.

26. Nach über zweijähriger Versuchsphase will die Stadt Uster endgültig den Ortsautobus-Betrieb verankern.
27. Der Konsumverein Zürich kann dieses Jahr sein 125jähriges Jubiläum feiern. Obwohl heute eine Aktiengesellschaft, zählt er zu den Pionieren des genossenschaftlichen Konsumwesens. Seine ungleichen Gründer Karl Bürkli und Johann Jakob Treichler erregten mit ihren Anfangserfolgen die Gemüter bis weit über die Landesgrenzen hinaus.
28. Der Stadtrat von Zürich wird weitere 7 Mio. Franken für das Anbringen von Schallschutzfenstern in Wohnliegenschaften an der Westtangente beantragen.

Februar 1976

2. Auch der Arbeitsmarkt der Lehrer hat sich praktisch schlagartig geändert. Konnten bisher frisch ausgebildete Junglehrer sozusagen ihre Stelle aussuchen und ältergediente Lehrer teilweise erpresserische Forderungen an die Schulgemeinden stellen, gibt es nun genug Lehrer. Einmal beginnt sich der sog. Pillenknick auszuwirken (weniger Kinder), dann zeigt sich aber auch die öffentliche Hand in der Schaffung neuer Stellen sparsamer (Finanznot), und zum dritten verlassen immer weniger Lehrer in wirtschaftlich unsicherer Zeit ihre Stelle, um in der Privatwirtschaft zu arbeiten oder um weiter zu studieren. Diese Situation, die mehr als eine Normalisierung im Sinne einer Gesundung zu bezeichnen ist, gibt Anlass zu einer Interpellation im Kantonsrat von linker Seite, die mit der Verminderung der Klassenbestände «Arbeitslosigkeit» von Kindergartenrinnen und Lehrern bekämpfen will. Aus der Antwort des Erziehungsdirektors geht hervor, dass — wollte man die Klassenbestände in der Primarschule auf durchschnittlich 25 und in der Ober- und Realschule auf 20 vermindern — rund 2000 zusätzliche Lehrer notwendig wären. Die Klassenbestände in den Kindergärten sind mit etwas über 20 bereits schon tief.
4. Keine leichte Aufgabe hat derzeit der Zürcher Gemeinderat zu lösen, nämlich die Revision des Zonenplanes. Seit die Stadtbevölkerung mit einer Spur von über 440 000 Einwohnern anfangs der 1960er Jahre auf nunmehr unter 400 000 gesunken ist, geht es um den Schutz und die Förderung von Wohngebieten. Diese Ziele lassen sich nicht immer leicht mit der Funktion Zürichs als schweizerische Wirtschaftsmetropole verbinden. Gerade in der Zeit der heutigen Rezession, in die die Schlussdebatte über die Revision im Gemeinderat fällt, sind die Akzenten wieder anderst gesetzt: Sicherung und Mehrung der Arbeitsplätze haben wieder einen grösseren Stellenwert als in der Hochkonjunktur.
9. Vor 12 Jahren hat der Tösstaler Kantonsrat Hans Jucker eine Motion eingereicht. Mittels eines Regulierbeckens wollte er die durch Kraftwerke und Nutzung des Grundwasserstroms verursachte zu geringe oberflächliche Wasserführung der Töss saniert wissen. Wie zu erfahren ist, will die Regierung nun dem Kantonsrat beantragen, die Motion abzuschreiben. Immerhin soll

langfristig auf die Aufhebung der Wasserkraftwerke hingearbeitet werden (zwischen Bauma und Freienstein existieren deren 28). Zurzeit werden dem Grundwasserstrom minütlich über 13 000 Liter für Trinkwasserversorgung und gewerbliche Zwecke entnommen. Dem Fluss fliessen praktisch nur noch geklärte Abwässer zu.

Wenn einerseits die vielen Fabrikkanäle und -weiher den Wasserstand der Töss ungünstig beeinflussen, muss doch auch gesehen werden, dass gerade dadurch sekundär viele wertvolle Biotope entstanden sind.

– Der Kantonsrat lehnt in seiner Sitzung eine Motion zur Herabsetzung der Arbeitszeit des Staatspersonals auf 40 Stunden ab.

11. Wie zu erfahren ist, planen die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich teilweise massive Tariferhöhungen, die je nach Art des Fahrausweises zwischen 16,7 und 87,5 Prozent liegen und Mehreinnahmen von vielleicht 30 Mio. Franken bringen werden. Sonderrabatte sollen dem stadtzürcherischen Steuerzahler die Erhöhung schmackhaft machen. Ohne eine Preiserhöhung müsste das Leistungsangebot der VBZ vermindert werden.
13. Wie das kantonale statistische Amt mitteilt, standen am 1. Dezember 1975 im Kanton 6373 Wohnungen leer (oder 1,47 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes). An der Spitze figuriert die ausgesprochene Wachstumsgemeinde der Hochkonjunktur, Greifensee, mit fast 20 Prozent Leerwohnungen. Nicht vermietet werden können vor allem teure Neubauwohnungen.
15. Dieser Zeit herrscht in der Stadt Adliswil grosse Aufregung. Der amerikanische Chemiekonzern Cyanamid verlegte Ende 1968 sein europäisches Konzernbüro nach Adliswil und entwickelte sich rasch zum bedeutensten Steuerzahler. Gewisse Kreise werfen nun dem Konzern vor, die städtische Steuerpolitik erpresserisch zu beeinflussen (Wegzug bei Steuerfusserhöhung). Wie Stadtpräsident Gysel betont, reichte der Konzern lediglich eine Anfrage bezüglich einer eventuell geplanten Steuererhöhung ein und übte keinerlei Druck aus.
19. Durch den grossen Andrang ist die kantonale Arbeitslosenversicherungskasse in Winterthur personell und organisatorisch plötzlich in Schwierigkeiten geraten. Diese zentrale Kasse nahm am 1. April 1974 ihre Tätigkeit mit einem Personalbestand von acht Mitarbeitern auf. Sie zählte damals 45 000 Mitglieder und musste im ersten Jahr ganze 59 000 Franken an 39 Bezüger auszahlen. Heute sind es bereits über 150 000 Mitglieder, und zwischen 6000 und 8000 Personen beziehen Arbeitslosenentschädigung. 90 Mitarbeiter suchen diesen Ansturm zu bewältigen. 1975 mussten 9,5 Mio. Franken Entschädigung ausbezahlt werden.
23. Wie das kantonale statistische Amt mitteilt, sind 1975 im Kanton mit insgesamt 9781 Wohnungen 2562 oder 21 Prozent weniger als 1974 gebaut worden.
26. Im Beisein von Bundesrat Hürlimann wird heute der Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthause eingeweiht. Frau Olga Mayenfisch hat diesen Bau mit einem Beitrag von mehreren Millionen überhaupt erst ermöglicht.

März 1976

1. Wie das kantonale statistische Amt mitteilt, ist die Bevölkerung im Kanton im Jahre 1975 erstmals seit 15 Jahren wieder gesunken, und zwar um 8830 Personen oder 0,8 Prozent auf 1 114 928 Einwohner.
3. Dieser Tage ist die Archäologische Sammlung der Universität nach langer Umbauzeit wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Sammlung — nach modernen Gesichtspunkten ausgestellt — bietet einen einmaligen Querschnitt durch die Kulturen der Antike und ist bisher der Bevölkerung kaum bekannt gewesen.
4. Richterswil hat seine Ortsplanung abgeschlossen. Eine eigene Ausstellung wird die Einwohnerschaft orientieren. Die neue Seestrasse soll den Dorfkern vom starken Durchgangsverkehr entlasten, gleichzeitig will man im Dorf die Wohnlichkeit, aber auch die gewerblichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten fördern.
- 6./7. Fasnacht in der Sechseläuten-Stadt Zürich. Gerade weil in Zürich die Fasnacht keine eigentliche Tradition besitzt, entwickelt sich hier ein von gesellschaftlichen Zwängen befreites und damit ein echtes Fasnachtstreiben. Die Altstadt ist erfüllt von maskierten Guggenmusikanten, die schalten und walten können, wie sie wollen.
11. Im durch die Stadt Zürich renovierten Haus zum «Unteren Rech» an der Marktgasse, wo das Staatsarchiv, das baugeschichtliche Archiv und das archäologische Büro in einmaliger Umgebung einquartiert worden sind, werden Tage der offenen Tür organisiert, damit sich der Stimmbürger über die teils wenig bekannten Kulturinstitute aber auch über das prachtvoll umgebaute Haus informieren kann.
13. Sechs progressive Frauengruppen der Schweiz begehen auf dem Münsterhof den vor 66 Jahren zum Internationalen Tag der Frau erklärten 8. März. 500 bis 600 Frauen, darunter auch Gruppen von Ausländerinnen fordern gleiche Rechte für Mann und Frau.
19. Der Stadtrat von Zürich schliesst in einer bis 22.00 Uhr dauernden Sitzung die Debatte über den sog. Jürgensen-Bericht, Grundlage für die Stadtplanung, ab und genehmigt das bereinigte Dispositiv. Schon am 17. März hat der Rat dem Ziel für die Stadtentwicklung zugestimmt: Bevölkerungszunahme bis mindestens 410 000 Einwohner, Stabilisierung der Arbeitsplatzzahl bei 300 000
- 20./21. Kantonale Abstimmung: Der Souverän nimmt mit einer Stimmbeteiligung von gut 45 Prozent zwei Vorlagen an. Das Gesetz über das Forstwesen (Verbesserungen im Bereich der Bewirtschaftung und Pflege des Waldes insbesondere durch vermehrte staatliche Hilfe für private Waldbesitzer) passiert diskussionslos mit 230 582 Ja gegen 49 249 Nein. Mehr Opposition war der Änderung des Finanzausgleichgesetzes erwachsen. Von den 22 reichen Ge-

meinden des Kantons, die jährlich mit zusätzlichen 20 Millionen Franken zu- gunsten weniger begünstigter Gemeinden zur Kasse gebeten werden sollen, stimmten lediglich deren fünf der Gesetzesänderung zu. Gesamthaft wurde die Vorlage mit 180 469 Ja gegen 95 399 Nein angenommen. Mit 221 278 Nein gegen 69 362 Ja wird dagegen die von linker Seite (Poch) angeregte Kindertagesstätten-Initiative deutlich abgelehnt. Mittels Steuererhöhung für juristische Personen sollten Tagesstätten für nichtschulpflichtige Kinder zum «Nulltarif» errichtet werden, um beiden Elternteilen die Berufssarbeit zu ermöglichen. In allen Kreisen des Volkes herrschte aber die gesunde Meinung vor, dass die Kleinkinder in die Obhut der Eltern gehören. —

Eher überraschend stimmt der Stadtzürcher Souverän einem Kredit von 13,4 Mio. Franken zum Kauf der sog. Stadelhofer Häuser zu, und zwar mit 52 837 Ja gegen 51 299 Nein. Damit sind die beiden barocken Bauten «Sonnenhof» und «Baumwollenhof» mit teurem Geld vor dem Abbruch bewahrt worden.

26. Bundesrat Gnägi hält zum hundertjährigen Bestehen der Kaserne Zürich eine Festansprache. Tags zuvor konnten rund 3000 Schüler des neunten Schuljahres aus dem ganzen Kanton die eigens eingerichtete Waffenschau besichtigen sowie an Schiessdemonstrationen teilnehmen. Morgen steht die Kaserne der Bevölkerung offen.
29. Dieser Tage sind im ganzen Kantonsgebiet wieder beispielhafte Schutzbemühungen für die in dieser Jahreszeit wandernden Frösche und Kröten zu beobachten. Abschrankungen und Röhren sollen die Wanderzüge kanalisieren bzw. von den Strassen fernhalten. Eigene Verkehrstafeln machen auf die Tiere aufmerksam, und wo es geht, werden einzelne Strassenabschnitte zeitweise gar gesperrt. Dank dem uneigennützigen Einsatz vieler freiwilliger Helfer können so Jahr für Jahr tausende und zehntausende der Amphibien vor dem Tod auf den Strassen bewahrt werden. Dies ist in unserem Kanton, wo die Lebensräume schon vielfach vernichtet worden sind, besonders wichtig.